

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute soll ein **Haushalt** verabschiedet werden, der in einer Zeit großer **Unsicherheit** entsteht. Der **Krieg in der Ukraine**, der **wirtschaftliche Strukturwandel**, die Herausforderungen der **Klimaanpassung** – all das betrifft nicht nur Berlin oder Brüssel, sondern ganz konkret auch uns hier in **Bamberg**.

Wir spüren diese Veränderungen täglich: wenn wir **Ukrainisch** auf unseren Straßen hören; wenn sich die Beschäftigten bei **Bosch** und **Brose** Sorgen um ihre Zukunft machen; oder wenn wir im Sommer auf dem Keller sitzen und uns fragen, wie heiß es in den kommenden Jahren noch werden wird.

Viele Bürgerinnen und Bürger stellen deshalb die Frage: **Wo steuert diese Stadt hin?**

Und gerade vor diesem Hintergrund ist der Haushalt das **zentrale politische Dokument** eines Jahres: Er zeigt, was wir wirklich wollen – und ebenso, woran wir uns nicht herantrauen.

A. Ein HaushaltSENTWURF ohne Richtung: intransparent und mutlos

Meine Erwartungen an diesen HaushaltSENTWURF waren hoch. Nächstes Jahr im März wählen wir einen neuen **Oberbürgermeister** – das ist eine große Chance, Dinge neu zu ordnen und neue **Prioritäten** zu setzen. Zudem war zu hören, dass die großen Parteien der Stadt eine „**Super-GroKo**“ gebildet hätten, um diesen Haushalt gemeinsam zu tragen.

Ich hatte gehofft, dass daraus eine offen geführte, fruchtbare Diskussion entsteht, welche Maßnahmen Bamberg voranbringen können – und dass wir die besten davon im Haushalt wiederfinden.

Stattdessen wurde leider die Parole ausgegeben, ein Haushalt sei „zu wichtig, um in den Wahlkampf hineingezogen zu werden“. **Was für eine vertane Chance.**

Denn der HaushaltSENTWURF, der uns nun vorgelegt wird, ist leider kein Meisterwerk, wie öffentlich angekündigt, kein strategischer Aufbruch, sondern ein schlichtes „**Weiter so**“. Er ist intransparent, in Teilen unplausibel und vor allem: **mutlos**.

Viele zentrale Fragen bleiben unbeantwortet

- Was tun wir konkret, um **Arbeitsplätze** zu sichern?
- Wie schaffen wir neuen, **bezahlbaren Wohnraum**?
- Wie machen wir unsere **Verwaltung** effizienter und kostengünstiger?
- Wie binden wir die **Bevölkerung** besser in Entscheidungen ein?

Um nur einige zu nennen.

Warum der Haushalt unplausibel ist

In den vergangenen Jahren habe ich mehrfach darauf hingewiesen, dass unser Haushalt systematisch **zu vorsichtig** geplant wird. Zwei Beispiele – die sich problemlos ergänzen ließen:

Gewerbesteuer:

Zwischen 2017 und 2024 wurde sie um insgesamt **113 Mio. Euro** zu niedrig angesetzt – jedes einzelne Jahr zu niedrig. 2025 wird sie voraussichtlich erneut rund **15 Mio. Euro** über dem Plan liegen.

Anteil an der Einkommensteuer:

Von 2017 bis 2024 wurde dieser um insgesamt **35,6 Mio. Euro** zu niedrig angesetzt. Auch für das laufende Jahr wurde bereits eine voraussichtliche Überschreitung um **2,8 Mio. Euro** angekündigt.

Gleichzeitig werden die **Ausgaben** systematisch sehr hoch angesetzt. Das führte in den letzten sechs Jahren dazu, dass jedes Jahr prognostiziert wurde, wir müssten Mittel aus dem **Vermögenshaushalt** heranziehen, um Löcher im Verwaltungshaushalt zu stopfen.

In der Realität war es jedoch jedes Jahr umgekehrt – und zwar deutlich: Die Abweichungen lagen zwischen **30 und 54 Mio. Euro**. Pro Jahr.

Damit kein Missverständnis entsteht: Natürlich müssen wir in guten Jahren Rücklagen für schlechte Jahre bilden. Problematisch wird es aber dann, wenn ein Haushalt systematisch **schlecht gerechnet** wird. Denn dann trifft man Entscheidungen auf Basis eines verzerrten Bildes – und spart an den falschen Stellen.

Der Haushalt 2026, den uns die Super-GroKo nun vorlegt, verspricht leider keine Besserung:

- Die **Einkommensteuer** und die **Grunderwerbsteuer** – aus unserer Sicht wieder zu niedrig angesetzt.
- Die für 2025 inzwischen von der Verwaltung selbst prognostizierte **Überschreitung der Einnahmen** bei Gewerbesteuer und Einkommensteuer wurde nicht berücksichtigt.
- Gleches gilt für die in 2025 erneut deutlich niedrigere **Kreditaufnahme** für Bahnausbau und Konversion – und damit geringere Zins- und Tilgungsleistungen.

Die Stadtspitze erklärte das in den Haushaltsberatungen öffentlich mit „**viel Puffer**“. Im ersten Moment klingt das harmlos – tatsächlich bedeutet es aber, dass wir auf Grundlage **falscher Annahmen** planen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: **Warum** stimmen Sie einer solchen Planung zu?

Warum der Haushalt intransparent ist

Hand aufs Herz: Wer von Ihnen kann auf Anhieb sagen,

- wie viel wir für **Soziales** ausgeben?
- wie viel für **Schulen, Wirtschaftsförderung, Klima- und Umweltschutz, Wohnungsbau oder Denkmalsanierung?**
- wie der Stand der Mittelverwendung im Juli oder Oktober eines laufenden Haushaltjahres ist?
- für welche Haushaltstellen große Summen vorgesehen waren, die dann aber **nicht abgerufen** wurden?

Wie oft kommt es vor, dass Sie unterjährig eine gute Idee haben, den passenden Antrag aber gar nicht erst stellen, weil Sie wissen, dass Ihnen sofort entgegnet wird: „Keine Haushaltsmittel“ oder „Kein Deckungsvorschlag“. Und wie viele von Ihnen wussten, dass der **Globalbetrag Investitionsmaßnahmen Konversion 2025** bei weitem nicht ausgeschöpft wird – und deshalb jüngst **1 Mio. Euro** daraus problemlos für Mehrkosten beim Umbau des ehemaligen Bundessortenamtes entnommen werden konnte?

Ich denke: kaum jemand von Ihnen. Und das ist kein Vorwurf. Es ist die Folge eines Haushalts, der **intransparent** ist – und der Haushaltsentwurf 2026, den die Super-GroKo nun vorlegt, ist nicht besser.

Aber um politisch vernünftige Entscheidungen zu treffen, brauchen wir genau diese **Transparenz**.

B. Was Volt anders machen würde

Nachdem ich erläutert habe, was diesem Haushalt fehlt, möchte ich auch ein paar Beispiele dafür geben, was man anders machen könnte.

Unsere Grundhaltung ist dabei einfach: Eine Stadt wie Bamberg verdient eine Verwaltung, die **effizient** arbeitet, eine Politik, die **strategisch** denkt, und Investitionen, die **Wirkung** entfalten.

1. Transparente Finanzplanung

Wir brauchen eine Finanzplanung, die **realistisch** ist statt künstlich klein gerechnet. Und wir brauchen eine **einfach verständliche Darstellung** des Haushalts:

- Wie viel Geld kommt herein – realistisch angesetzt, statt mit zu viel Puffer.
- Wofür geben wir es aus – aufgegliedert nach **selbsterklärenden Kategorien**.
- **Mit und ohne Personalkosten** – denn viele Projekte sind mit hohen Personalkosten verbunden, die diesen Projekten aber gar nicht entsprechend zugeordnet werden.
- Und vor allem: Wie viel geben wir für bestimmte Bereiche **vor und nach Förderungen** aus? Sonst vergleichen wir fortwährend Äpfel mit Birnen.

Und zur Transparenz gehört auch:

Der Stadtrat muss **unterjährig informiert** werden, wenn Mittel nicht wie geplant ausgegeben werden – damit der so entstehende Gestaltungsspielraum nutzbar wird.

2. Wie wir Arbeitsplätze sichern

Statt immer darauf zu verweisen, dass unsere Gewerbesteuereinnahmen niedriger sind als in anderen Städten, sollten wir eine Strategie entwickeln, wie wir sie **erhöhen** können. Wie wir Gewerbe ansiedeln, das unserem Hauptproblem Rechnung trägt: dem **Flächenmangel**.

Natürlich müssen wir auch weiterhin die großen Arbeitgeber, das **Handwerk**, den **Mittelstand** und den **Tourismus** fördern. Die **Sozialstiftung** muss eine stabile Säule der Bamberger Wirtschaft bleiben.

Aber wir müssen uns intensiver darum bemühen, dass Firmen, die beispielsweise im **Digitalen Gründerzentrum** entstehen, auch hier bleiben und hier wachsen. Gerade **Software-Firmen** sind wegen ihres geringen Flächenbedarfs ideal für Bamberg.

Bamberg war und ist auch ein **Industriestandort – und soll es bleiben**. Wir brauchen eine Strategie, wie wir diesen Standort sichern. Das Aus vom Verbrenner-Aus, wie es manche propagieren, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein – das sagen sogar Funktionäre der **IG Metall**.

Was wir benötigen, sind **Gewerbeflächen**, auf denen wir zukunftsfähige Unternehmen ansiedeln können. Es ist tragisch, dass Bamberg es seit dem Abzug der US-Army nicht geschafft hat, die **Muna** in städtisches Eigentum zu bekommen – und nun ist es möglicherweise zu spät, da die Bundeswehr Bedarf angemeldet hat.

Wir benötigen dringend **Alternativen**.

Die Entwicklung des **Schlachthof-Geländes** wurde, nicht zuletzt auf unser Drängen hin, den defizitären Schlachthof zu schließen, in Angriff genommen. Das ist gut.

Aber wir müssen schon jetzt weiterdenken:

Wir müssen direkte Gespräche mit **Bosch** suchen, wie die Stadt behilflich sein kann, neue Produkte in Bamberg anzusiedeln. Andernfalls muss sich die Stadt, zusammen mit Bosch, jetzt schon darüber Gedanken machen, wie Flächen freigegeben werden können, auf denen sich Bamberg um andere Ansiedlungen bemühen kann.

Es ist bedauerlich, dass in den Haushaltsberatungen ein Antrag abgelehnt wurde, Gelder für eine **Machbarkeitsstudie** für eine neue Gewerbefläche **nördlich der B26** einzustellen. Das wäre eine Investition in die Zukunft gewesen.

Und natürlich müssen wir uns fragen, was wir falsch gemacht haben, wenn in **Forchheim** über 4.000 Arbeitsplätze in der **Medizintechnik** entstehen – und Bamberg leer ausgeht.

3. Eine moderne Verwaltung: digital, effizient, bürgernah

Wir wissen alle, dass wir dringend in die Modernisierung unserer Verwaltung investieren müssen.

Zum einen ist klar, dass wir kurzfristig unsere **Personalkosten** in den Griff bekommen müssen. Zum anderen gehen in den nächsten 10 Jahren so viele Mitarbeitende der Stadtverwaltung in den Ruhestand, dass wir zukünftig viele Stellen gar nicht nachbesetzen können.

Andere OB-Kandidierende sprechen ebenfalls von der Modernisierung der Verwaltung. Aber wie glaubwürdig ist das, wenn ebendiese Super-GroKo sich dagegen ausspricht, im Bereich **Prozessoptimierung, Digitalisierung und Reorganisation** neue Stellen zu schaffen? Wenn die geplanten Ausgaben für Digitalisierung mit knapp 1,5 Mio Euro nicht nur deutlich hinter den Anmeldungen des zuständigen Amtes in Höhe von fast 3 Mio Euro zurückbleiben, sondern sogar noch unter das Niveau des Vorjahres von 1,7 Mio Euro gekürzt werden. Wie glaubwürdig ist das, wenn allen Beteiligten dabei klar ist, dass damit kaum etwas erreicht werden kann? Ich hoffe zumindest, dass es allen Beteiligten klar ist.

Denn diese Investitionen wären notwendig, um mittelfristig **Personalkosten zu sparen** und langfristig die **Handlungsfähigkeit** der Verwaltung zu sichern.

Wohnen, Verkehr, Bürger*innenbeteiligung, Klima- und Umweltschutz

Es gäbe noch viele weitere Themen, über die man sprechen müsste: **bezahlbares Wohnen, Verkehr, Bürger*innenbeteiligung, Klima- und Umweltschutz**. Dies würde jedoch den Rahmen dieser Rede sprengen.

Ich hoffe jedoch, dass sich die großen Parteien bald zu diesen Themen äußern – und sich nicht hinter künstlich großgeredeten Problemen verstecken, wie dem **Stadtmarketing**.

Denn es gibt so gute Ansätze auf denen wir aufbauen könnten. Zum Beispiel ist es sehr schade, dass es nicht gelungen ist die gut etablierten **Corona-Unterstützungsfonds** in echte **Bürger*innen-Etats** umzuwandeln. In Corona-Zeiten war Bamberg diesbezüglich mutig und vorbildlich – und jetzt verpassen wir die Chance darauf aufbauend eine moderne Bürger*innenbeteiligung zu etablieren.

Kulturförderung

Ein paar letzte Worte möchte ich noch zum Thema **Kulturförderung** verlieren.

Den meisten dürfte klar sein, dass eine breite und bunte **Kulturarbeit** Grundlage einer lebendigen und widerstandsfähigen **Demokratie** ist.

Die ursprüngliche Rathauskooperation aus Grünes Bamberg, SPD, Volt und ödp war angetreten mit dem Ziel, die Ausgaben für **freie Kulturarbeit** auf **5%** der städtischen Kulturausgaben anzuheben. Als wir dies verhandelt haben, hat auch die CSU als Verhandlungspartner explizit Zustimmung signalisiert. Denn wir alle wissen, dass die freie Kulturarbeit viel breitere Bevölkerungsschichten erreicht, als das ETA-Hoffmann Theater oder die Bamberger Symphoniker es jemals könnten. Und dabei geht es nicht um Mehrausgaben, es geht vor allem um eine sinnvolle Verteilung.

Bei Amtsantritt lagen die Ausgaben für freie Kulturarbeit bei **2,7 %**. Zwischenzeitlich stieg der Wert auf über **3 %**. Seit dem Ende der Kooperation ist er mehr oder minder rückläufig – und der Haushalt der Super-GroKo senkt ihn nun auf **2,6 %**. Noch weniger als zur letzten Wahl.

Das lässt befürchten, was der freien Kulturarbeit droht, wenn sich diese Machtverhältnisse verfestigen. Dort, wo am wenigsten ist, wird am meisten gestrichen.

Unser Ziel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen keine Stadt, deren Verwaltung sich klein rechnet, sondern eine Stadt, die **gestaltet**.

Eine Stadt, die **transparent, mutig und kommunikativ** ist. Die ihren Haushalt nicht als Hindernis begreift, sondern als **Werkzeug für eine gute Zukunft**. Dieser Haushalt der Super-GroKo bedeutet leider ein verschenktes Jahr.

Wir sind davon überzeugt: Bamberg hat das Potenzial zu mehr.
Nutzen wir es.